

# Bezahlbarer Wohnraum für Esslingen.

## Wohnungspolitische Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kreisverband Esslingen-Göppingen

### Der DGB KV Esslingen-Göppingen fordert:

- Es muss schnell mehr bezahlbarer Wohnraum im Landkreis Esslingen geschaffen werden!
- Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt sein! Bund, Land und Kommunen müssen eine aktive Wohnungspolitik betreiben. Der Markt allein wird nicht für bezahlbaren Wohnraum sorgen.
- Öffentliche Grundstücke sollen an das beste Konzept verkauft werden, nicht und ohne jegliche Auflagen an den Meistbietenden. Soziale Kriterien, die dem Gemeinwohl dienen, sind dabei anzuwenden. Insbesondere Wohnungsgenossenschaften und gemeinschaftliche Wohnbauprojekte, die sich diesen Zielen verpflichten, sind zu fördern.

### *Weg mit der vom Kreistag beschlossenen Mietobergrenze für Bedürftige, da*

- die tatsächlichen Mietkostensteigerungen seit dem Jahr 2016 nicht ausgewiesen wurden
- so vor allem Menschen in bestimmten Stadtvierteln benachteiligt und sozial homogene Viertel geschaffen werden. Sozial benachteiligte Menschen werden so in kostengünstigeren Stadtteilen zusammengefasst.

### *Die Kommune muss mehr in kommunalen Wohnungsbau investieren!*

- Mittels eines kommunalen Fonds, in den die Mieteinnahmen fließen, könnten so die Erhaltungs-, Sanierungs- und Bauinvestitionen finanziert werden. Die Mittel des kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramms könnten der Anschubfinanzierung dienen.
- Potentiale für eine Nachverdichtung und Optimierung der Flächennutzung besonders bei Gewerbeflächen im Landkreis Esslingen sollten geprüft werden. Besonderes Augenmerk kann hier auf Kundenparkplätze gelegt werden, die u.a. durch Parkhäuser flächenschonender gelöst werden können. Weitere Möglichkeiten bestehen in der künftigen Verpflichtung von eingeschossigen Discountern auf mehrgeschossige Gewerbeimmobilien.
- Der Mietspiegel muss auch die unveränderten Bestandsmieten abbilden, nicht nur die teureren Neuvermietungen. Dieser muss nach wissenschaftlichen Kriterien erhoben werden.
- Zudem braucht es eine Reform der Modernisierungumlage. Keine „unendliche“ Abschreibung von Investitionen und Begrenzung der Mieterhöhungen auf die Höhe der eingesparten Energiekosten.